

«Das Berggebiet braucht unbedingt gute Rahmenbedingungen»

Die Bevölkerung von Stadt und Land sollte sich wieder stärker annähern und so ein besseres Verständnis für die gegenseitigen Anliegen entwickeln. Das sagt Christine Bulliard, abtretende Präsidentin der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete.

Imelda Ruffieux

Ueberstorf In der Schweiz befinden sich zwei Drittel der Landesfläche im Berggebiet, also in Regionen über 800 Meter und in steilem Gelände. Diese 800 Gemeinden umfassen einen Viertel der Landesbevölkerung. Ihre Bedürfnisse unterscheiden sich von jenen im städtischen Gebiet. Wohnen, arbeiten, das Auskommen sichern, sich wirtschaftlich weiterentwickeln und neue Perspektiven finden, ist in diesen Regionen schwieriger.

In den letzten acht Jahren hat sich die Freiburger Mittelnationalrätin Christine Bulliard auf politischer Ebene für Berggebiete und ländliche Räume engagiert. Dies in ihrer Funktion als Präsidentin der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB). Diese hat sich zum Ziel gesetzt, die Existenzbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten der Bevölkerung im Berggebiet und in ländlichen Räumen zu verbessern. Am Donnerstag hat die Ueberstorferin bekannt gegeben, dass sie ihr Amt auf die nächste Generalversammlung Ende August hin nach zwei Perioden abgibt.

Christine Bulliard, die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft deckt ein grosses Gebiet ab, ist aber in der Bevölkerung relativ wenig bekannt. Warum braucht es diese Organisation?

Wir vertreten die Interessen der Berggebiete auf politischer Ebene, nehmen beispielsweise bei der Ausarbeitung neuer Gesetze Stellung oder lancieren im Parlament Vorstösse – immer mit dem Fokus Berggebiet. Das deckt unzählige Themen ab: von Agrarpolitik über Energieversorgung und Regionalpolitik bis zur Zweitwohnungsproblematik. Bezogen auf unser Einzugsgebiet hat die Arbeitsgemeinschaft etwa den gleichen Stellenwert wie der Schweizerische Gemeindeverband oder der Städteverband Schweiz. Da die Arbeit vor allem in nationalen politischen Gremi-

en geschieht, nimmt man sich wohl weniger wahr.

Was heisst das konkret?

Wir setzen uns für die Grundversorgung im Berggebiet ein, dass die Leistungen der Post nicht massiv abgebaut werden, die medizinische Versorgung verbessert wird oder die Tageszeitungen genügend Mittel haben für eine gute Übergangsphase der Digitalisierung. Eine Weiterentwicklung ist notwendig. Wir tragen aber dazu bei, sie abzufedern. Ich habe 2021 einen Vorstoss eingereicht, in dem es um die Einkommen der Bauernfamilien geht. Der Bericht des Bundesrats macht beispielsweise sichtbar, dass sich das Einkommen eines landwirtschaftlichen Talbetriebs von demjenigen eines Bergbetriebs unterscheidet.

Geht es dem Berggebiet heute besser oder schlechter als noch vor zwanzig Jahren?

Ein Landwirt im Berggebiet verdient heute zwar mehr als früher, doch ist sein Einkommen viel weniger stark gestiegen als jenes in einem Talbetrieb. Die Schere wird immer grösser. Das ist eine schlechte Entwicklung im Hinblick auf die angestrebte Inland-Ernährungssicherheit von 60 Prozent. Es braucht die Landwirte im Berggebiet, um das Ziel zu erreichen. Deshalb braucht es gute Rahmenbedingungen, die dafür sorgen, dass sie weitermachen und nicht aufgeben und abwandern. Das hat seinen Preis, deshalb bereitet mir die angespannte Lage der Bundesfinanzen Sorgen. Sie führt dazu, dass überall gekürzt wird: bei der Regionalpolitik, in der Landwirtschaft oder beim Tourismus. Das schadet dem Zusammenhalt, bremst bei der Überwindung von Gräben und hat weitreichende Folgen. Etwa, dass das Einkommen der Leute in den Bergregionen in Gefahr ist oder auch der Erfolg des Tourismus.

Was sind die dringendsten Bedürfnisse der Berggebiete heute?

senpopulation habe und wenn ja, wie er diese schützen wolle.

Fangverbot seit 1997

Der Staatsrat bestätigt in seiner Antwort einleitend, dass er die Nasenpopulation in der Kleinen Saane als schützenswert betrachtet und dass er sich für deren Erhalt starkmacht. Das erste Monitoring der Art durch das Amt für Wald und Natur geht auf das Jahr 1995 zurück. Aufgrund der Ergebnisse führte Freiburg 1997 ein totales Fangverbot ein. Im Jahr 2000 beauftragten die Kan-



Christine Bulliard war acht Jahre Präsidentin der Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete.

Bild: zvg

Der knappe Wohnraum ist ein grosses Problem. Die Lage hat sich mit der Pandemie zuspitzt. Damals hat es viele Leute aufs Land gezogen. Entweder hatten sie schon eine Ferienwohnung oder haben neu ein Ferienhaus eingerichtet. Dadurch fehlte mit der Zeit der Wohnraum für Einheimische und für die Unterbringung von Fachkräften, etwa für den Tourismus. Nach dem Ende von Corona hat sich das nicht geändert, die Leute haben etwas Neues entdeckt oder Bekanntes wieder entdeckt, waren

von der Wohnqualität überzeugt und sind geblieben. In vielen Gemeinden gibt es deshalb immer noch eine grosse Wohnungsnot. In einem Leitfaden hat die SAB 2022 den Gemeinden Tipps gegeben, wie sie das Problem angehen können, zum Beispiel, indem sie mit Wohnbaugenossenschaften bewusst erschwingliche Mietwohnungen für Einheimische oder in der Region tätige Fachkräfte schaffen. Das ist wichtig, denn immerhin sind ein Fünftel aller Beschäftigten in der Schweiz im Berggebiet tätig.

«Die Menschen im Berggebiet sind für mich zu Vorbildern geworden.»

Christine Bulliard tritt als SAB-Präsidentin zurück

Eines Ihrer zentralen Anliegen ist es, den Stadt-Land-Graben zu verkleinern. Worin besteht das Problem?

Es geht darum, die städtische Bevölkerung mehr für die Anliegen der ländlichen Bevölkerung zu sensibilisieren und umgekehrt. Viele Städterinnen und Städter fahren am Wochenende oder in den Ferien gerne aufs Land und in die Berge. Sie gehen wandern, kaufen auf Hofläden ein, kehren in eine Alphütte ein und geniessen diese besondere Atmosphäre. Vielen ist aber nicht bewusst, was es braucht, damit dies überhaupt möglich ist. Dass es nicht einfach ist, auf steilen Berghängen Landwirtschaft zu betreiben, sich um die Tiere zu kümmern und dafür lange Arbeitstage hinzunehmen. Bitte verstehen Sie mich richtig: Es wäre auch gut, wenn die Leute vom Land mehr Gehör für die Probleme der Städter hätten. Dass in einer Stadt alles einfacher läuft, ist ein Trugschluss, dort gibt es mit hohen Mieten und viel Verkehr auch Probleme.

Wie könnte der Graben verringert werden?

Klar ist, dass ein theoretischer Austausch nicht reicht. Man

muss vor Ort sein, selbst sehen und spüren, wie das Leben ist. Zum Beispiel mit Austauschprogrammen: Schüler, Jugendliche oder Erwachsene, die für einen Einsatz auf Land gehen und dort beispielsweise auf einem Bauernhof mithelfen. Die Arbeitsgemeinschaft hat mit den Bergversetzern auch ein Angebot: Wir bringen Menschen, die in den Bergen einen Einsatz leisten wollen, mit Menschen aus dem Berggebiet, die Hilfe bei einem Projekt brauchen, zusammen. 2023 haben wir im Kanton Freiburg 23 Einsätze vermittelt. Gesamtschweizerisch waren es rund 10'000 Arbeitstage. Ich habe mit dem «Tinguely»-Vorstoss versucht, auf nationaler Ebene eine solche Plattform ins Leben zu rufen. Er fand leider beim Bundesrat kein Gehör. Eine andere Möglichkeit ist der Weg, den die Gemeinde Lenk erfolgreich gegangen ist: Sie hat bewusst Zweit- und Ferienwohnungsbesitzerinnen und -besitzer angefragt, in Arbeitsgruppen, Vereinen und Projekten mitzumachen. Das schafft gegenseitig Verständnis, bringt neue Sichtweisen und frische Ideen. Ich habe mich auch gefreut, dass die 1.-August-Veranstaltung auf dem Rütli unter dem Thema Stadt-Land steht und ich mit der Stadtpräsidentin von Zürich auf einem Podium auftreten darf.

Was sind Ihre Erkenntnisse aus Ihrer Zeit als SAB-Präsidentin?

Ich habe durch das Amt viele Menschen in den verschiedensten Bergregionen kennengelernt und eine grosse Solidarität zwischen den Kantonen gespürt. Jede Begegnung war eine Bereicherung. Ich habe gesehen, wie diese Menschen leben, arbeiten und sich mit ihrer Heimat identifizieren. Sie zeigen eine unwahrscheinliche Motivation, ein riesiges Durchhaltevermögen und einen grossen Einsatz. Dadurch sind sie für mich zu Vorbildern geworden. Ich kann ihnen nur gratulieren und danken für ihre Arbeit.

Bedrohte Fischart: Staatsrat will die Nase schützen

Die Nase hat ihr vorausgesagtes Aussterben in der Kleinen Saane bereits überlebt. Der Staatsrat will den bedrohten Fisch schützen.

Freiburg Die Nase ist eine einheimische Fischart im Einzugsgebiet des Rheins und wird in der Schweiz als «vom Aussterben bedroht» eingestuft. Während diese Art früher in den grossen Wasserläufen des Kantons weit verbreitet war, existiert sie heute wohl nur noch in der Kleinen Saane. Angesichts dieser Bedrohung stellten Grossrätin Tina Raetzo (Grüne, Estavayer-le-Lac) und Ratskollege Alexandre Berset (Grüne, Lentigny) dem Staatsrat die Frage, ob dieser Kenntnis vom Zustand der Na-

senpopulation habe und wenn ja, wie er diese schützen wolle.

Fangverbot seit 1997

Der Staatsrat bestätigt in seiner Antwort einleitend, dass er die Nasenpopulation in der Kleinen Saane als schützenswert betrachtet und dass er sich für deren Erhalt starkmacht. Das erste Monitoring der Art durch das Amt für Wald und Natur geht auf das Jahr 1995 zurück. Aufgrund der Ergebnisse führte Freiburg 1997 ein totales Fangverbot ein. Im Jahr 2000 beauftragten die Kan-

tone Waadt und Freiburg mehrere Studien, welche zusätzliche Massnahmen zum Erhalt der Art evaluieren sollten. Eine weitere Studie aus dem Jahr 2011 dokumentierte laut Raetzo und Berset die dramatische Entwicklung der Nasenbestände. Die Kantonsregierung habe laut den Anfragstellern jedoch nicht mit konsequenten Massnahmen auf den Populationsschwund reagiert.

Schutzmassnahmen

Wie der Staatsrat ausführt, laufen momentan Studien, um die

Schwellen und Staumauern bei den Zuflüssen der Kleinen Saane zu untersuchen. Zur Sanierung der Restwassermenge wurden laut dem Staatsrat 2005 Massnahmen ergriffen. Das Wasser für den Restabfluss wird bisher am Fuss der Staumauer von Rossens aus 60 Metern Tiefe entnommen. Das führe zu einer tieferen Wassertemperatur, die bei verschiedenen Fischarten wie der Nase zu Schwierigkeiten bei der Fortpflanzung führen könne. Eine andere Option wäre es, das Wasser von der Oberfläche aus

in die Kleine Saane zu pumpen. Der Staatsrat sieht darin allerdings keine Lösung, weil sich dadurch angesichts der steigenden Temperaturen die Kleine Saane in Zukunft wiederum zu stark erhitzen könnte.

Ein letzter Aspekt, der in der Studie von 2000 behandelt wird, ist die Aufzucht. Diese hat der Staatsrat nach ausbleibendem Erfolg jedoch wieder eingestellt. Die Kantonsregierung möchte sich auf die Verbesserung des Lebensraums konzentrieren. Ein Faktor sei hier die massive Al-

genbildung. Um dieser entgegenzuwirken, sollen nun regelmässig künstliche Hochwasser erzeugt werden. Dafür läuft momentan die Sanierung des Geschiebehaushalts bei der Staumauer.

Der Staatsrat betont abschliessend, dass Massnahmen wie diese allen Fischarten in der Kleinen Saane zugutekommen sollen. Das Ziel sei es, wie auch bei den vielen anderen bedrohten Fischarten, die Population zu erhalten. Eine grössere Gruppe von Nasen wurde zuletzt 2020 bei Hauterive gesichtet. (oba)